

Statement

von

Dr. Reinhard Dörfler
Hauptgeschäftsführer
des
Bayerischen Industrie- und Handelskammertages

anlässlich

der
Pressekonferenz beim ifo-Branchendialog
am 18. Oktober 2007, 12:30 Uhr
Orleansstraße 10 – 12, Raum B011

Wachstumsbremse Fachkräftemangel

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Ergebnisse der BIHK-Konjunkturumfrage, die wir in der vergangenen Woche veröffentlicht haben, zeigen dass der Aufschwung anhält. Die leichten Bremsspuren verdeutlichen auch, dass die Wirtschaft verunsichert ist. Eine der Ursachen ist der zunehmende Fachkräftemangel.

Die bayerischen IHKs haben bereits im Sommer 2007 das Ausmaß des Fachkräftemangels in einer Umfrage unter rund 3.000 Unternehmen erhoben. Weil wir wissen wollten, wie sich dieser Mangel entwickelt hat, haben wir parallel zur Konjunktur jetzt noch einmal nachgefragt. Das Ergebnis lautet: Der Fachkräftemangel in Bayern hat sich verstärkt.

Zu den Ergebnissen im Einzelnen: Derzeit können knapp 31 % der rund 3.000 befragten bayerischen Unternehmen offene Stellen nicht besetzen. In der Sommerumfrage lag dieser

Anteil noch bei rund 24 %. Insbesondere in der Industrie und bei den Dienstleistern fehlen Fachkräfte. Im Sommer klagte jeweils ein Drittel über dieses Problem. Nun ist der Anteil in der Industrie auf aktuell 38 %, bei den Dienstleistern auf 37 % gestiegen.

Dabei steigt der Bedarf mit der Unternehmensgröße und hat insbesondere in den Großunternehmen mit 1.000 und mehr Mitarbeitern mittlerweile bedrohliche Ausmaße angenommen. In dieser Größenklasse gaben 75 % der Befragten an, Stellen nicht besetzen zu können. Im Sommer waren es nur 45 %.

Auch die Qualifikationsanforderungen hängen stark von der Unternehmensgröße ab.

In Großunternehmen fehlen vor allem Ingenieure. Rund 80 % der Betriebe mit mehr als 500 Mitarbeitern, die einstellen wollen, suchen nach diesen Fachkräften. Kleine und mittelständische Unternehmen mit weniger als 200 Mitarbeitern finden hingegen nicht genügend qualifizierte Bewerber mit abgeschlossener Lehre oder Meisterbrief.

Weit weniger leergefegt scheint der Arbeitsmarkt bei den naturwissenschaftlichen und juristischen Berufen.

Wir haben darüber hinaus – wie auch bereits im Sommer – abgefragt, mit welchen Maßnahmen die Unternehmen das Manko lösen wollen. Über 62 % (Sommer: 52 %) der Unternehmen mit Personalbedarf setzen auf verstärkte Ausbildung. Vor allem im bayerischen Mittelstand, also bei den Unternehmen mit 100 bis 500 Mitarbeitern, ist dieser Lösungsansatz mit 70 % der Antworten besonders ausgeprägt.

Dieser Ausweg hat allerdings zwei Schwachstellen: Zum einen wirkt er erst mittelfristig, zum anderen können wir schon heute in Bayern viele Lehrstellen nicht besetzen. Derzeit kommen laut Bundesagentur für Arbeit (BA) in Bayern auf 3.000 Bewerber rund 5.200 unbesetzte Lehrstellen. In Wirklichkeit dürften weit mehr Lehrstellen unbesetzt sein, da nur 50 % der Unternehmen die offenen Ausbildungsplätze der BA melden.

Rund die Hälfte der Unternehmen will dem Fachkräftemangel mit verstärkter Weiterbildung begegnen, auf ältere Arbeitnehmer wollen 25 % der Befragten zurückgreifen. Fast ebenso viele Unternehmen versuchen durch Umstrukturierung – wie zum Beispiel Outsourcing – das Problem zu lösen.

Diese Ergebnisse belegen, dass die Wirtschaft alles daran setzt, um eine weitere Verschärfung der derzeitigen Situation zu verhindern. Aber die Unternehmen können Fehlentwicklungen in der Bildungspolitik und die Auswirkungen des demografischen Wandels nicht alleine auffangen. Vielmehr sind politische Maßnahmen vor allem beim Zuwanderungsrecht nötig. Dabei sollten wir uns an erfolgreichen internationalen Vorbildern orientieren, wie etwa Kanada und Australien. Dort ist ein unbürokratischer und wirtschaftsnaher Zuzug von ausländischen Fachkräften möglich. Die Auswahl erfolgt nach bestimmten Qualifikationsmerkmalen wie zum Beispiel Ausbildung und Sprachkenntnissen.

Um den Unternehmen möglichst rasch zu helfen, muss eine gesteuerte Zuwanderung

von Spezialisten aus dem Ausland erleichtert werden. Die von der Regierungskoalition beschlossenen Erleichterungen beim Zuzug von Maschinenbau-, Fahrzeugbau- und Elektroingenieuren aus den osteuropäischen EU-Beitrittsländern gehen aus mehreren Gründen nicht weit genug:

- Zum einen wird in diesen Berufsgruppen ab November 2007 lediglich auf die Vorrangprüfung verzichtet. Das heißt, die Arbeitsagentur muss nicht mehr überprüfen, ob es einen deutschen Bewerber mit identischem Qualifikationsprofil gibt. Für alle anderen Berufe bleibt dieses hochbürokratische Verfahren, das bis zu drei Monate dauern kann, weiterhin verpflichtend.
- Zum anderen klagen auch die neuen EU-Beitrittsländer bereits über fehlende Spezialisten, so dass deutsche Unternehmen dort ohnehin kaum noch fündig werden.
- Darüber hinaus sollte die Gehaltsgrenze für ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht für alle Berufsgruppen von derzeit 85.500 Euro auf

40.000 Euro gesenkt werden. Alles andere ist für kleine und mittelständische Unternehmen schlicht nicht zahlbar.

Nicht zuletzt muss die EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit endlich auch in Deutschland konsequent umgesetzt werden. Die Abschottung des deutschen Arbeitsmarktes gegenüber den osteuropäischen EU-Beitrittsländern darf keinesfalls über 2009 hinaus andauern. Denn die geltenden Regelungen behindern die bayerischen Unternehmen schon jetzt bei ihren Auslandsgeschäften.